



Das Humanitäre Ausnahmeprogramm

Das Grenzdurchgangslager Friedland in Niedersachsen gilt als bundesdeutsches Laboratorium für die Regulation von Fluchtmigration. Vor dem Hintergrund seiner Historie verstehen Mathias Fiedler und Lee Hielscher aktuelle humanitäre Ausnahmeprogramme als mediale Ablenkungsmanöver.

Zwanzig Kilometer südlich von Göttingen und damit im Herzen der BRD liegt das „Tor zur Freiheit“. 1945 gründeten die britischen Streitkräfte nahe der damaligen Sektorengrenze das „Grenzdurchgangslager (GDL) Friedland“ um die Bewegung von Kriegsheimkehrenden und Vertriebenen zu koordinieren. Später kamen zehntausende von deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion durch Friedland in „die Freiheit“ wodurch das Lager zu einem Integrationsort von Versöhnung wurde. In Folge des Ungarischen Volksaufstandes 1956 wurden das erste Mal Geflüchtete in die BRD aufgenommen. Es folgten Menschen aus Chile und Vietnam und Ausgereiste aus der DDR. Seit 2002 passierten dann Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler das Lager, anschließend Resettlement-Flüchtlinge. Seit vier Jahren dient es auch als Erstaufnahmelager für Asylbewerberinnen und Asylbewerber.

Das GDL Friedland erscheint zunächst als kompletter Gegensatz zur Vorstellung von einer Festung Europa. Hier gibt es keinen Stacheldraht, keine Mauern oder patrouillierende Polizei. Gerade die seit 70 Jahren bestehende enge Einbindung von karitativen Einrichtungen wie der Friedland Hilfe, dem Malteser Hilfsdienst, dem Deutschen Roten Kreuz (bis 2013), der Inneren Mission sowie der Caritas stellen gelebte Humanität und Solidarität in den Vordergrund.

Eine neue Kategorie humanitärer Hilfe

Für die Erweiterung von Sorge und gelebter Humanität steht die als „Boat People“ bezeichnete Gruppe vietnamesischer Kontingentflüchtlinge, die 1978 von der BRD aufgenommen wurde. Entgegen früherer, nicht deutscher Flüchtlingsgruppen, die Friedland passierten, mussten sie erstmals kein Asylverfahren durchlaufen. Stattdessen wurden unmittelbar Aufenthaltstitel vergeben. Diese politische Ausnahmeaktion

wurde mit dem 1980 verabschiedeten „Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge“ in einen juristischen Rahmen gebracht.

Beschäftigt man sich mit der Geschichte des GDL Friedland, so wird immer wieder deutlich, wie dort Praktiken des Kümmerns, humanitaristische Argumentation und regulierende Migration zusammenwirken. Das „Humanitäre Aufnahmeprogramm (HAP)“ als Reaktion auf die aktuelle Syrienkrise kann deshalb als Weiterführung dieses besonderen Umgangs bezeichnet werden.

Das Humanitäre Aufnahmeprogramm (HAP)

Die Bundesregierung entschied ab März 2013 ein Kontingent von anfangs 5.000, später abermals 15.000 syrischen Flüchtlingen, die zu den „besonders schutzbedürftigen Personen“ zählen oder „bereits Verwandte in Deutschland“ haben, über die neu geschaffene HAP-Regelung aufzunehmen. Der humanitäre Aufenthalt und die seit der Syrienkrise beginnende Forcierung eines verbindlichen Rechtsrahmens führen auch zu einer Veränderung in der Organisation der Flucht. Die syrischen Gruppen, die über das HAP-Programm kommen, werden vom UNHCR, im Libanon zum Teil von der Caritas und über die Botschaften an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vermittelt, das dann die Entscheidungen trifft. Anschließend werden die Menschen von der IOM (International Organization of Migration) logistisch organisiert, untersucht, bekommen „kulturelle Orientierungskurse“ und werden dann nach Deutschland gebracht.

Die Bundesregierung und auch das BAMF bemühen sich intensiv, das HAP in ein positives Licht zu rücken. Erst im März dieses Jahres wurde der 50. in



„Die Sache selbst in die Hand nehmen“

LEHNITZ · 27.5.2015
Ab 8 Uhr morgens versammelten sich 30 Bürgerinnen und Bürger und stellten sich schützend vor den Eingang zur Unterkunft. Damit verhinderten sie die Überstellung von M.H. nach Italien, der als Jugendlicher aus Eritrea geflohen war, um dem bevorstehenden Kriegsdienst zu entkommen. Die Aktion zeigte Erfolg: Kein Behördenmitarbeiter erschien, um M.H. zum Flughafen zu bringen.<

Hannover-Langenhagen gelandete Flug mit einer Pressemitteilung angekündigt. Die meisten Syrer und Syrerinnen, die nach Deutschland kommen, müssen jedoch sehr viel beschwerlichere Wege zurücklegen, beispielsweise über das Mittelmeer. Von März 2011 bis heute stellten mehr als 75.000 Menschen syrischer Staatsbürgerschaft einen Asylantrag beim BAMF.

„Warum können syrische Flüchtlinge nicht mit der Fähre nach Europa kommen?“, fragte Sigmar Gabriel kürzlich in seiner Rede während einer SPD-Konferenz zum Thema Flüchtlingspolitik. Das fragen sich vermutlich auch viele syrische Menschen in Friedland. Denn es gibt, neben denen, die über das HAP-Verfahren nach Friedland gekommen sind und eine Art Sonderstatus besitzen, bedeutend mehr Kategorien, in die das deutsche Rechtssystem einteilt. Statt einer Fähre für viele bietet die Bundesregierung nur einer Handvoll von Syrerinnen und Syrern eine sichere Einreise per Flugzeug. Alle anderen erhalten keine Hilfe. Ihnen bleiben nur die gefährlichen hochmilitarisierten Fluchtwege.

Das BAMF sortiert Asylanträge in verschiedene Kategorien: Menschen mit EURODAC-Treffer (das sind jene, die über ein anderes Land im europäischen Raum nach Deutschland eingereist sind), Menschen mit einem Aufenthaltsstatus in einem anderen EU-Staat (humanitär oder nach der Genfer Flüchtlingskonvention) und Menschen, die noch nicht erfasst sind und dementsprechend einen Erstantrag stellen. Viele syrische Menschen setzten ihre Flucht fort, da die Zustände in Ländern wie Bulgarien, Ungarn oder Italien zu katastrophal für sie waren. Wie in zahlreichen Berichten von Menschenrechtsorganisationen beschrieben, erfuhren sie in Europa ähnliche Misshandlungen wie in ihrem Herkunftsland.

Ein Zweiklassen-Asyl

Während Asylsuchende einzeln oder maximal in Kleingruppen von der Polizei begleitet zum Lager kommen, beginnt der humanitäre Aufenthalt mit einer Sammeleinreise und einem Busshuttle vom Flughafen. Verbunden ist die offizielle Einreise mit einer Begrüßung durch karitative Einrichtungen innerhalb des Lagers, in Ausnahmefällen sogar durch den Bundespräsidenten. Hier wird beständig gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland hilft und dass die Hilfeersuche der Geflüchteten von Anfang an positiv mit einem Aufenthalt von zwei Jahren und zahlreichen Rechten beantwortet werden. Ein Zustand, von dem ein anderer Teil der Menschen im Lager Friedland noch weit entfernt ist.



Abschiebung blockiert

GÖTTINGEN 28.5.15
Bürgerinnen und Bürger verhinderten in Göttingen die Abschiebung einer sechsköpfigen Roma-Familie nach Frankreich. Ab 6 Uhr stellten sie sich schützend vor die Unterkunft und blockierten den Zugang. Gegen 8:30 Uhr twittern die Abschiebungsgegner: „#Blockade für heute erfolgreich. Bis zum nächsten Mal. #allekommen #allebleiben“ Die Initiative „Abschiebungen Stoppen“ ruft regelmäßig zum Protest auf.<



Zimmer mit Aussicht
Neonazi Propaganda vor Lager Friedlands Toren

Die Asylsuchenden in Friedland sind grundsätzlich von einer Vielzahl an Möglichkeiten ausgeschlossen, welche sich den durch ein humanitäres Aufnahmeprogramm Aufgenommenen durchaus bieten. Sprachkurse sind fester Bestandteil in der Erstversorgung der Aufgenommenen. Im regulären Asylverfahren werden Sprachkurse immer noch nicht durchgängig angeboten, sondern sind weiter von der Bereitschaft von Ehrenamtlichen und Sachspenden abhängig, während den über ein Aufnahmeprogramm Eingereisten ein täglicher Sprachkurs mit ausgebildeten Lehrkräften, eingerichtete Unterrichtsräume und entsprechende Lehrmaterialien zur Verfügung stehen. Sie haben explizit Möglichkeiten, ihren gewünschten Wohnort zu benennen und werden bei der Zusammenführung mit anderen Familienmitgliedern unterstützt. Lediglich einem klar eingegrenzten Personenkreis werden hier elementare Rechte gestattet. Auf der praktischen Ebene bedeutet dies, dass Menschen, die aus dem selben Krisengebiet



Willkommen Daheim im Lager
*globiges steinernes Andenken im Lager Friedland für den
 „heimkehrenden Soldaten“*

geflohen sind, fortan nicht anhand ihrer Fluchtursachen und ihres Begehrens um Schutz behandelt werden, sondern anhand des rechtlichen Status, der aus ihrer Migrationspraxis resultiert. Die Art und Weise der Migration hat damit Auswirkung auf die Praxis der Aufenthaltsvergabe.

Im Moment müssen Menschen, die einen Asylantrag in Friedland beim BAMF stellen, häufig bis zu sechs Monate warten, bis ihnen überhaupt die Fingerabdrücke abgenommen werden, sie das erste Interview beim BAMF haben und das Asylverfahren beginnen kann. Andere bekommen bereits im Lager eine Ablehnung, werden aber trotzdem nach dem Königsteiner Schlüssel im Bundesgebiet umverteilt, denn aus Imagegründen soll aus Friedland selbst nicht abgeschoben werden. Die verschiedenen Statuseigenschaften lösen häufig Verwirrung aus und führen somit zu entsprechenden Komplikationen: Stellt zum Beispiel ein Mensch syrischer Herkunft, der über das

humanitäre Aufnahmeverfahren nach Niedersachsen gekommen ist einen Asylantrag, erlischt augenblicklich das der Person erteilte Visum und den Asylsuchenden wird vom Bundesamt gemäß Asylverfahrensgesetz eine Aufenthaltsgestattung erteilt. Diese Gestattung ist auf den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde beschränkt – bei Antragstellung in Friedland auf den Landkreis und die Stadt Göttingen.“

Greenwashing durch humanitäre Sonderleistungen

Mit der Vergabe eines humanitären Aufenthalts, z.B. für syrische Menschen, wird direkt auf die bestehende Bedrohungssituation reagiert. Gleichzeitig bleiben die bestehenden Restriktionen wie beispielsweise die Dublin-Verordnung von der Situation unberührt. Kritik und Krise des Dublin-Systems werden seitens politischer Entscheidungsträger nicht behandelt, stattdessen wird politisches Greenwashing des europäischen Grenzregimes betrieben, indem man auf eine humanitäre Sonderleistung verweist. Die intensive mediale Vermarktung dieses Programms erwähnt nicht, wie kurz es greift: Humanitäre Aufnahme bedeutet Ausnahmeregelung. Während die weltpolitische Lage eine grundlegende Kursänderung der europäischen Migrationspolitik erfordert, werden Interimslösungen erdacht. Diese Sonderprogramme sind zeitlich beschränkt und kommen nur einem sehr kleinen Teil der Flüchtenden zugute.

Ambulante Hilfsleistungen sind für die direkt Betroffenen eine wichtige und dringend notwendige Hilfe, gleichzeitig sind sie auf einer strukturellen Ebene kritikwürdig. Die vielfach kritisierte Abschottungspolitik gegen Migration von Deutschland und EU bleibt unangetastet, da die humanitäre Aufnahme eine Aufnahmeleistung außerhalb der eigentlichen politischen Regularien darstellt. Humanitäre Aufnahme wird nicht eine humanere Flüchtlingspolitik bewirken, sondern sie ist ein Teil der politischen Strategie, Migration gezielt zu steuern. Das HAP muss deshalb viel mehr im Kontext der Novellierung des Asylgesetzes, der Debatte um Asylzentren und der militärischen Mandate in der Mittelmeerregion gesehen werden. Das Dublin-System war eine Möglichkeit in jene Migration nachträglich einzugreifen, die durch die aufgerüstete Grenze nicht verhindert werden konnte. Die Praktik des HAP geht weiter. Sie ist eine Option, bereits steuernd einzugreifen, bevor die Migration in ein potenzielles Zufluchtsland stattfindet. Analog zur Dublinpraxis geschieht dies auf einer administrativen Ebene, die



**„Wir stehen um
 euch wie eine
 Wand!“**

SALZHEMMENDORF
 20.5.2015
*Der Familie von
 Marwan und
 Mohamad droht die
 Abschiebung. Ihre
 Freundinnen und
 Freunde wollen das
 verhindern. Unter dem
 Motto #SaveKraja hat
 die Schülerschaft der
 KGS Salzhemmendorf
 daher begonnen, für ein
 Bleiberecht für Familie
 Kraja zu kämpfen. In
 einer ersten Aktion
 trafen sich über
 hundert Menschen auf
 dem Schulhof, um ein
 Zeichen zu setzen<*

Mathias Fiedler und Lee Hielscher studieren Kultur-anthropologie und Europäische Ethnologie an der Universität Göttingen und haben das GDL Friedland über ein Jahr lang ethnographisch betrachtet. Sie sind zudem Teil des Netzwerks für kritische Migrations- und Grenzregime-forschung.



„Jeder Mensch hat das Recht auf ein normales Leben“

TARMSTEDT 27.5.15
Ayub stammt aus dem Sudan und soll nach Italien abgeschoben werden. In Tarmstedt hingegen hat der 20-Jährige sich bestens eingelebt, ist im Badminton- und Volleyball-Verein aktiv und hat Freunde gefunden. Diese haben nun eine Facebook-Seite ins Leben gerufen: "Ayub soll bleiben". Um die Abschiebung zu verhindern, haben sie außerdem eine Petition gestartet, die sich an die niedersächsischen Behörden richtet.

Zuständigkeiten einschätzt und zuteilt.

Das Drängen auf weitere Aufnahmeprogramme, wie es von einigen Nichtregierungsorganisationen nach der jüngsten Mittelmeerkatastrophe betrieben wurde, sorgt zusätzlich dafür, dass aus der Ausnahme-Aufnahme die Regel werden könnte. Diese stark eingeschränkten Programme bieten aber kaum Sicherheit für jene, die fliehen müssen. Didier Fassin weist in seinem 2007 erschienenen Artikel „Humanitarismus: A Nongovernmental Government“ darauf hin, dass karitative Einrichtungen mit ihren Forderungen nach humanitärem Handeln stets auch Gefahr laufen, neuen, zunächst unsichtbaren Formen der Kontrolle und des Grenzregimes Vorschub zu leisten.

Politische Träger humanitärer Aufnahmeprogramme heben die Vorauswahl der Aufgenommenen besonders hervor. Eine Prüfung und Auswahl für diese Aufnahmeprogramme setzt in diesem Fall Institutionen voraus, die den EU-Grenzen vorgelagert sind. Menschen auf der Flucht wird suggeriert, ihre Chance sei größer, wenn sie sich über die staatlichen oder karitativen Institutionen ihres eventuellen Ziellandes um einen Aufenthalt bewerben, statt selbst die Grenzen zu überwinden, um von dort aus einen Antrag auf Asyl zu stellen. Das bedeutet auch immer wieder, den leidenden Kriegsflüchtling in den Mittelpunkt zu stellen und dem fordernden politischen Flüchtling Stimme und Aufmerksamkeit zu nehmen.

Ausnahmen nur in Ausnahmefällen?

Das Problem der zeitlich und zahlenmäßig begrenzten humanitären Aufnahme ist die Spezialisierung auf bestimmte Gruppen, in diesem Fall Syrerinnen und Syrer. Die fortschreitenden Landeroberungen durch den sogenannten Islamischen Staat haben die Bundesregierung sichtlich überrascht. Konnte sie sich nach längerer Zeit durchringen, das HAP für Syrien zu entwickeln, gibt es kein entsprechendes Programm für Menschen im Irak oder anderen Krisengebieten. Die europaweit aktuell diskutierten Quoten stellen erneut eine Bevormundung der Menschen dar, die sich auf den Weg in eine lebenswertere Welt machen.

Aktuelle Forderungen wie von „Watch the med Alarmphone“, die erst kürzlich „Fähren statt Frontex“ forderten, oder durch Mitglieder des Rats für Migration nach „humanitären Moratorien“, stellen interessante Alternativen zur Politik der regulierten Migration dar, da sie gleichzeitig die bestehende politische Praxis in Frage stellen. Sie rufen auch dazu auf,



Geschichtsträchtig
sichtbare Relikte einer langen Lagertradition...

Fluchthelferinnen und Fluchthelfer zu entkriminalisieren und machen andere (Flucht-)Wege sichtbar. Ein politischer Prozess, der in der EU und der nationalen Politik längst überfällig ist.<